



AKTION NOTEINGANG Berlin

– Machen Sie mit!



Inhalt

- 3 Grußwort
- 4 Was ist die *Aktion Noteingang*?
- 7 Warum an der *Aktion Noteingang* teilnehmen?
- 8 Wie an der *Aktion Noteingang* teilnehmen?
- 9 Handlungstipps für Notsituationen
- 9 Handlungstipps für den Umgang mit Vorfällen von (rechter) Gewalt und betroffenen Personen
- 12 Was heißt eigentlich Zivilcourage und warum ist das wichtig?
- 13 Was ist (rechte) Gewalt und wo fängt sie an?
- 15 Kleines Glossar zu Ideologien der Ungleichwertigkeit
- 19 Warum Vorfälle an zivilgesellschaftliche Stellen melden?
- 21 Wie lässt sich eine interne Auseinandersetzung über Gewalt und Ausgrenzung anstoßen und gestalten?
- 22 Gemeinsam Zivilcourage zeigen! – Ein Rückblick aus Treptow-Köpenick und Pankow
- 24 Weiterführende Kontakte

Grußwort

Alltäglich machen Menschen in unserer Gesellschaft die Erfahrung rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenverachtender Angriffe und Ausgrenzungen. Jede einzelne Tat hat verheerende Auswirkungen auf das Leben der betroffenen Person, aber auch auf unsere Gesellschaft als Ganzes. Die Täter:innen wählen die Betroffenen aufgrund ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer Gruppe, einem Feindbild aus. Damit wirken Angriffe und Abwertungen als Botschaftstaten und schüchtern ganze Gruppen von Menschen ein, verhindern Teilhabe an der Gesellschaft und schließen aus.

Gemeinsam sind wir alle gefordert, dem entgegen zu stehen. Bei jedem einzelnen Fall, in dem eine Person diskriminiert, bedroht oder angegriffen wird, haben ihre Mitmenschen die Aufgabe, Zivilcourage zu zeigen – sich solidarisch an die Seite der Betroffenen zu stellen, hinzusehen, einzugreifen und Schutz anzubieten.

Aber auch über den konkreten Einzelfall hinaus sind wir gefragt, Signale der Solidarität und Ermutigung in der Stadtöffentlichkeit sichtbar zu machen und mehr Bewegungsfreiheit für alle mitzugestalten. Betroffene und potentiell Betroffene müssen wissen und erfahren, dass wir als solidarische Zivilgesellschaft das Problem erkennen und zusammenstehen.

Als berlinweites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen und engagierten Personen haben wir uns deshalb mit der *Aktion Noteingang* auf die Fahnen geschrieben, überall in der Stadt und den Kiezen gut sichtbare *Noteingänge* entstehen zu lassen. Diese helfen dabei, sicherere Orte in der Öffentlichkeit für alle Stadtbewohner:innen zu schaffen, bieten Schutz in Notfällen und sensibilisieren zudem für das Thema Gewalt und Ausgrenzung in der Öffentlichkeit. Wir unterstützen die teilnehmenden Geschäfte, Bars, Stadtteilzentren, Unternehmen und andere Einrichtungen mit den notwendigen Informationen, Materialien und Beratungsangeboten.

Mit einer großen Beteiligung an der *Aktion Noteingang* und dem Anbieten von Schutzräumen gegen (rechte) Gewalt und Ausgrenzung machen Nachbar:innenschaften deutlich, dass es für menschenverachtendes Verhalten keine Akzeptanz in ihrem Kiez gibt. Potentielle Täter:innen werden so davon abgehalten, andere Menschen zu bedrohen und anzugreifen, weil sie mit Widerspruch rechnen müssen. Die demokratische Zivilgesellschaft wird durch die Vernetzung im Rahmen der Kampagne gestärkt und dabei unterstützt, menschenfreundlichere Kieze für alle zu schaffen.

Machen Sie mit! Seien Sie als Einzelperson, Ladenbesitzer:in oder Stadtteilzentrum Teil der *Aktion Noteingang* in Ihrer Nachbar:innenschaft. Mit dieser Broschüre geben wir Ihnen grundlegende Informationen zur Kampagne und ihren Hintergründen sowie Handlungstipps für Ihre individuelle Beteiligung an der Aktion.

Timo Reinfrank und Sarah Haupenthal, Amadeu Antonio Stiftung
Kati Becker, Berliner Register zur Erfassung extrem rechter & diskriminierender Vorfälle
Jana Ringer, Aktion Noteingang Pankow / JUP e. V.



Was ist die Aktion Noteingang?

Berlin ist als vielfältige Metropole und weltoffene Stadt bekannt. Doch auch hier erleben viele Menschen jeden Tag menschenverachtende Gewalt, Bedrohungen und Ausgrenzung.

Ob im Park, auf dem Weg zur Arbeit oder im Supermarkt, Schwarze Menschen sind täglich mit feindseligen Blicken, Beleidigungen und häufig sogar Gewalt konfrontiert. Auch Menschen mit Kippa werden häufig auf der Straße beleidigt und angegriffen, Frauen mit Kopftuch angespuckt und ihre Kopfbedeckung brutal heruntergerissen. In der Öffentlichkeit Zärtlichkeiten auszutauschen oder sich zu küssen, ist für viele nicht-heterosexuelle Paare mit

der Angst vor Bedrohungen und Übergriffen verbunden. Besonders schutzlos sind obdachlose Menschen. Sie werden oft brutal angegriffen, weil sie als minderwertig angesehen werden.

Viele Betroffene solcher Vorfälle berichten, dass die fehlende Anteilnahme oder Hilfeleistung durch Umstehende und Passant:innen eine der schlimmsten und besonders traumatisierenden Erfahrungen bei einem Vorfall von Hassgewalt und Ausgrenzung ist. Wie können wir uns dafür einsetzen, dass Betroffene nicht allein gelassen werden, mitten in der Stadt?

Die *Aktion Noteingang* setzt genau an diesem Punkt an: Sie schafft Anlaufpunkte für Betroffene im Stadtraum und macht Ausgrenzung und Gewalt in der Öffentlichkeit zum Thema. Dafür bringen Läden, Cafés und andere Einrichtungen Plakate, Aufkleber oder Schilder mit der Aufschrift „Noteingang“ im Eingangsbereich an und zeigen so: Wir bieten Schutz bei Gewalt und Ausgrenzung. Sie senden damit an (potentiell) Betroffene die ermutigende Botschaft: Wir stehen an eurer Seite! Dies kann nicht nur lebensrettend sein, sondern zudem den Alltag vieler Menschen sicherer und freier gestalten.

Eine Vielzahl solcher *Noteingänge* in der Nachbar:innenschaft schafft nicht nur Schutzräume und erhöht die Bewegungsfreiheit für alle. Zudem werden Laden- und Cafe-Betreiber:innen und -Mitarbeitende und andere Stadtbewohner:innen, die sich an der *Aktion Noteingang* beteiligen, durch Informations- und Beratungsangebote für das Thema sensibilisiert. Denn jeder *Noteingang* sollte darauf vorbereitet sein, in einem Notfall helfen zu können und sensibel mit den Betroffenen umzugehen.

Signal an potentielle Täter:innen

Rechte Gewalt, Bedrohungen und Ausgrenzungen werden nicht akzeptiert, Täter:innen müssen mit breitem Widerspruch rechnen.

Signal an potentiell Betroffene

Potentiell Betroffene erhalten moralische Unterstützung und Ermutigung durch gesellschaftliche Anerkennung des Problems von Hassgewalt.

Signal an Engagierte im Kiez

Engagierte im Kiez vernetzen sich und erkennen: „Wir sind viele und gemeinsam sind wir stark!“

Präventiver Ansatz gegen Gewalt und Diskriminierung

Läden, soziale Einrichtungen und Lokale senden durch das Aushängen von Kampagnen- und Informationsmaterial sowie durch Öffentlichkeitarbeit ein Signal in die Kieze.

Solidarischer Ansatz für Betroffene

Betroffene von Gewalt und Ausgrenzung erfahren Schutz und erste Hilfe.

Aktivierender Ansatz für Engagierte in den *Noteingängen*

Geschäfte, Einrichtungen und Lokale entscheiden sich bewusst dafür, einen *Noteingang* einzurichten und suchen bei Bedarf Beratung. Damit wird Verantwortung übernommen und die Handlungsfähigkeit für erste Hilfe für Betroffene von Gewalt verbessert.

Kurze Geschichte der Aktion Noteingang

In den sogenannten Baseballschlägerjahren der 1990er-Jahre nahm rechte Gewalt gegen alle, die nicht in das Weltbild von Neonazis und Rechtsradikalen passen in vielen deutschen Bundesländern, auch in Berlin und Brandenburg, enorm zu. Um dieser Gewalt zu begegnen, wurde die *Aktion Noteingang* durch antirassistische und antifaschistische Initiativen ins Leben gerufen. Ziel der Aktion war es, die Zivilgesellschaft zu aktiver Zivilcourage gegen rechte Angriffe zu animieren. Besonders bekannt wurde die *Aktion Noteingang* im brandenburgischen Bernau. Jugendliche hatten die Idee 1997 in Berlin kennengelernt und in ihrer Stadt umgesetzt. Zwei Jahre später beteiligten sich an dem brandenburgischen Netzwerk der *Aktion Noteingang* regionale Bündnisse, Gruppen und Einzelpersonen aus mehr als 13 Städten. Im Jahr 2000 erhielten die Bernauer Jugendlichen stellvertretend für die *Aktion Noteingang* den Aachener Friedenspreis.

Dank des Engagements vieler Menschen hat sich die Situation an vielen Orten seit den 1990er Jahren verändert. Dennoch gehört für Viele Ausgrenzung und menschenverachtende Gewalt weiter zum Alltag. Häufig bleibt dies weitgehend unsichtbar für nicht direkt Betroffene. Denn die Täter:innen entsprechen meist nicht dem Klischee von bestiefelten Neonazis, sondern kommen aus allen Teilen der Gesellschaft. Nicht zuletzt die Terroranschläge von Halle und Hanau sowie der Mord an Walter Lübcke haben wieder deutlich gemacht, wie tief menschenverachtende Einstellungen und Abwertungsideologien in unserer Gesellschaft verankert sind und welche massiven Auswirkungen sie haben können. Eine starke Zivilgesellschaft ist eine wichtige Grundlage zum Schutz von Betroffenen und die *Aktion Noteingang* leistet einen Beitrag dazu.

Aktuell gibt es die *Aktion Noteingang* in mehreren Berliner Bezirken, aber auch in anderen Städten Deutschlands. Unser Bündnis setzt sich dafür ein, die Aktion in Berlin über weitere Bezirke und Kieze auszuweiten.



Aktion Noteingang Lichtenberg © Licht-Blicke

Warum an der Aktion Noteingang teilnehmen?



Für einen sichereren und lebenswerteren Kiez für alle! Hassgewalt, Bedrohungen und Ausgrenzung sind ein alltägliches Problem für viele Menschen und schränken (potentiell) Betroffene in ihrer Bewegungsfreiheit in der Stadtöffentlichkeit ein. Je mehr Lokale, Geschäfte und Einrichtungen an der Aktion teilnehmen, desto größer werden die Unterstützungsnetzwerke und desto stärker ist das ermutigende Signal der Solidarität an (potentiell) Betroffene.



(K)eine Selbstverständlichkeit! So selbstverständlich, wie es sein sollte, Menschen in Notsituationen zu helfen, ist es leider nicht. Signalisieren Sie deshalb, dass Sie aktiv Hilfe und einen Schutzraum anbieten, wenn sie gebraucht werden und werben Sie damit in der Öffentlichkeit für Zivilcourage.



Gewalt und Ausgrenzung zurückdrängen! Ein Kiez, der sich aktiv und öffentlich gegen Hassgewalt und Ausgrenzung ausspricht, signalisiert (potentiellen) Täter:innen, dass sie auf Widerspruch stoßen und kann so Übergriffen vorbeugen.



Zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft! Die *Aktion Noteingang* schafft nicht nur eine Hilfestellung für Betroffene von Hassgewalt, sondern vernetzt auch die teilnehmenden Noteingänge. Sie fördert eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt und Ausgrenzung und zeigt Handlungsoptionen für ein gemeinsames Engagement auf.



Wie an der Aktion Noteingang teilnehmen?



Schaffen Sie einen Noteingang. Erzählen Sie Ihren Kolleg:innen von der *Aktion Noteingang* und entscheiden Sie sich gemeinsam, einen Schutzraum für Betroffene anzubieten.



Machen Sie Ihren Noteingang sichtbar. Bringen Sie dafür ein Plakat, einen Aufkleber oder ein Schild der *Aktion Noteingang* gut sichtbar an Ihrem Ladengeschäft, Ihrer Einrichtung oder Ihrem Lokal an. Das Bündnis der *Aktion Noteingang Berlin* stellt gerne und kostenlos die notwendigen Materialien zur Verfügung.



Erkundigen Sie sich über Ihre Rolle als Noteingang. Nutzen Sie dafür die Inhalte dieser Broschüre und informieren Sie sich über unsere Beratungs- und Workshop-Angebote für Teilnehmer:innen der Aktion.



Setzen Sie sich mit Hassgewalt auseinander. Damit unsere Unterstützung der Betroffenen kein Lippenbekenntnis bleibt und wir in Notfällen angemessen reagieren können, gehört auch eine bewusste Auseinandersetzung mit Gewalt, Ausgrenzung und menschenverachtenden Einstellungen dazu. In dieser Broschüre finden Sie unterstützende Hinweise dafür. Wir bieten auch Beratungen und Workshops für eine Sensibilisierung zu den Themen menschenverachtender Gewalt und Abwertungsideologien an (kontaktieren Sie uns unter info@aktion-noteingang-berlin.de).



Bereiten Sie sich für Notfälle vor. Besprechen Sie mit Ihren Kolleg:innen, wie sie in einem Notfall handeln würden. Überlegen Sie sich, wer im Team welche Rolle in einer Konfliktsituation einnehmen kann und will. Ziehen Sie auch in Betracht, ob zum Beispiel ein Erste-Hilfe-Lehrgang oder ein Deeskalationstraining für Sie sinnvoll sein könnte. Nutzen Sie außerdem die Gelegenheit, um die allgemeinen Sicherheitsanlagen (z.B. Feuerlöscher, Rettungswege, Ersthilfemittel) zu überprüfen und auf den aktuellen Stand zu bringen.

Auch wenn Sie selbst keinen Noteingang bieten können, können Sie die Aktion unterstützen:



Motivieren Sie zur Teilnahme. Wenn Sie ein Geschäft, ein Lokal oder eine Institution kennen, für die die *Aktion Noteingang* in Frage kommt, informieren Sie über die Kampagne und die Beteiligungsmöglichkeiten.



Die Aktion Noteingang bekannt machen. Legen Sie Informationsmaterialien von der Aktion bei sich aus, damit sowohl Betroffene als auch potentielle Unterstützer:innen von der *Aktion Noteingang* erfahren.



Machen Sie Menschenverachtung, Hassgewalt und Ausgrenzung zum Thema. Tauschen Sie sich mit Ihren Kolleg:innen, Bekannten und Freund:innen über verschiedene Formen von Ausgrenzung und Hassgewalt aus. Informieren Sie sich über Rassismus, Antisemitismus und andere Phänomene der Abwertung und Menschenfeindlichkeit. Beschäftigen Sie sich mit der Situation (potentiell) Betroffener und überlegen Sie, wie Sie im Alltag solidarisch sein können.



Schaffen Sie Öffentlichkeit. Melden Sie Fälle von Ausgrenzung und Hassgewalt dem Berliner Register oder anderen Meldestellen (mehr Informationen im Kapitel »Warum Vorfälle an zivilgesellschaftliche Stellen melden?«).



Bleiben Sie aufmerksam. Gewalt und Ausgrenzung kann Betroffene jederzeit treffen und beschränkt sich nicht auf bestimmte Orte. Schauen Sie hin und unterstützen Sie die Betroffenen.



Handlungstipps für Notsituationen



Holen Sie Hilfe! In Notfällen rufen Sie die Polizei (110) oder den Rettungswagen (112). In Fällen von Angriffen benachrichtigt der Rettungsdienst auch selbstständig die Polizei.



Erzeugen Sie Aufmerksamkeit! Sie können laut rufend die angreifende Person auffordern zu unterlassen, was sie gerade tut. Personen, die es sich zutrauen, können dann dazukommen und haben bereits erste Infos über den Angriff.



In Notfällen ist es legitim Nothilfe zu leisten. Dazu zählt, Gewalt von anderen und sich selbst mit verhält-

nismäßigen Mitteln abzuwenden. In solchen Fällen ist auch die Anwendung von Gewalt zur Abwehr von Gefahren gesetzlich erlaubt.



Initiieren Sie Unterstützung! Sprechen Sie andere Personen direkt an und ziehen Sie Zuschauer:innen in die Verantwortung: „Sie mit der gelben Jacke, rufen Sie bitte den Busfahrer!“



Verunsichern Sie den:die Täter:in! Schreien Sie laut und schrill. Das geht auch, wenn die Stimme versagt.

Handlungstipps für den Umgang mit Vorfällen von (rechter) Gewalt und betroffenen Personen



Signalisieren Sie der betroffenen Person Unterstützung. Nehmen Sie Blickkontakt zu dem:der Betroffenen auf. Das vermindert ihre:seine Angst. Sprechen Sie Betroffene direkt an: „Ich helfe Ihnen. Sind Sie ok? Brauchen Sie etwas?“



Wurde jemand verletzt? Seien Sie aufmerksam bezüglich eventueller Verletzungen oder eines Schocks. Bei körperlichen Verletzungen bieten Sie an, den Rettungsdienst (112) anzurufen oder die nächste medizinische Versorgungs-

stelle zu finden. Im Falle eines Schocks gewähren Sie der betroffenen Person einen ruhigen und geschützten Raum. Seien sie verständnisvoll und bieten sie Hilfestellung an. Beachten Sie, dass ein Schock nicht immer sofort zu erkennen ist.



Der Wunsch der betroffenen Person hat immer Vorrang. Besprechen Sie mit dem:der Betroffenen das weitere Vorgehen und nehmen sie auf die Bedarfe des:der Betroffenen Rücksicht. Die Wünsche der Betroffenen sollten Vorrang

haben, können aber auch nicht immer erfüllt werden. Beachten Sie, dass nicht alle Menschen eine Anzeige stellen wollen oder mit der Polizei in Kontakt kommen möchten. Rufen Sie die Polizei (außer zur Abwendung einer akuten Gefahr) nur nach ausdrücklichem Wunsch der betroffenen Person.



Nehmen Sie die Wahrnehmung der Situation durch die betroffene Person ernst. Wenn Sie selbst nicht von Rassismus oder anderen Abwertungen betroffen sind, ist es unter Umständen nicht einfach, die Situation richtig einzuschätzen. Betroffene selbst können den Vorfall meist am besten einordnen.



Verurteilen Sie die Tat und signalisieren Sie der betroffenen Person Ihre volle Solidarität. Einen Angriff, eine Bedrohung oder eine Beleidigung aus einem menschenverachtenden Motiv zu erleben ist häufig besonders erschütternd und verunsichernd, da der Angriff nicht als Reaktion auf eine Handlung oder das Verhalten der betroffenen Person geschieht. Ein solcher Angriff dient nicht nur dazu, die betroffene Person zu verletzen, sondern sie aktiv aus der Gesellschaft auszuschließen. Signalisieren Sie der betroffenen Person, dass Sie nicht einverstanden sind mit der Einstellung der:des Täter:in/Täters und dass sie keinerlei Schuld für den Vorfall trifft.



Dokumentieren Sie eigene Verletzungen und Schäden und raten Sie der:dem direkt Betroffenen, dies auch zu tun. Wenn Sie verletzt wurden, fotografieren Sie alle Verletzungen – auch wenn die Verletzungen kaum sichtbar

oder spürbar sind. Gehen Sie so bald wie möglich zum Arzt. Bitten Sie darum, alle Verletzungen in einen Nachweis (Attest) zu schreiben. Behalten Sie beschädigte Kleidung und Gegenstände.



Schreiben Sie direkt nach dem Vorfall ein Gedächtnisprotokoll. Es kann notwendig werden, sich detailliert an die Situation erinnern zu können. Versuchen Sie genau aufzuschreiben, was passiert ist und machen Sie gegebenenfalls Fotos.



Stellen Sie sich als Zeug:in zur Verfügung. Bieten Sie sich der betroffenen Person als Zeug:in an, für den Fall, dass sie eine polizeiliche Anzeige erstatten möchte. Sie können auch anbieten, den Vorfall selbst anzuzeigen – in jedem Fall sollte das nur in Absprache mit der:dem Betroffenen passieren.



Vermitteln Sie Unterstützung. Geben Sie der:dem Betroffenen einen Hinweis auf Beratungsstellen und Hilfseinrichtungen. Unter **»Weiterführende Kontakte** am Ende der Broschüre und im zugehörigen Flyer für Betroffene finden Sie entsprechende Kontaktinformationen.



Melden Sie den Vorfall. Berichten Sie den „Berliner Registerstellen“ oder anderen spezialisierten Meldestellen von dem Vorfall (mehr Informationen im Kapitel **»Warum Vorfälle an zivilgesellschaftliche Stellen melden?**).

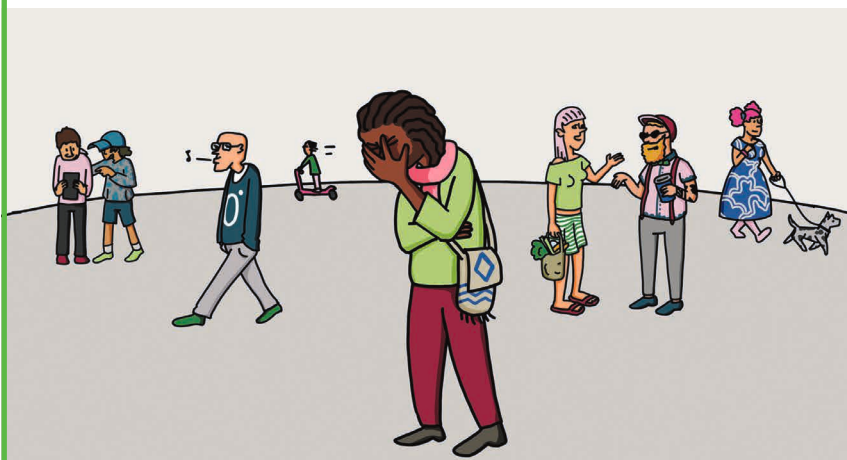
Was heißt eigentlich Zivilcourage und warum ist das wichtig?

Abgeleitet vom lateinischen „civis“ (Bürger) und dem französischen „courage“ (Mut), könnte bei Zivilcourage auch von sozialem Mut gesprochen werden. Das ist der Mut, andere Menschen in Notsituationen nicht alleine zu lassen und aktiv einzugreifen. Das gilt besonders für vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Betroffene rechter Gewalt.

In unserer Gesellschaft erhalten menschenverachtende Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Homofeindlichkeit und andere Abwertungsideologien breite Akzeptanz. Leider wird das Problem häufig nicht ernst genug genommen und die Auswirkungen auf Betroffene nicht ausreichend gesehen. Bei menschenverachtenden Angriffen ist häufig eine der schlimmsten Erfahrungen für Betroffene die fehlende Hilfeleistung und der ausbleibende Widerspruch gegen die Täter:innen durch Umstehende und Passant:innen. Ein starker zivilgesellschaftlicher Beistand und aktiv gelebte Zivilcourage sind deshalb umso wichtiger und vermitteln den (potentiell) Betroffenen die wichtige Botschaft: „Wir gehören zusammen, wir lassen euch nicht allein!“

Die *Noteingänge* gegen Gewalt und Ausgrenzung ermöglichen also nicht nur schnelle Hilfe in einer Notsituation, sondern auch eine wertvolle moralische Unterstützung für Betroffene und potentiell Betroffene von Gewalt und Ausgrenzung. Je mehr Lokale, Geschäfte und Einrichtungen sich an der *Aktion Noteingang* beteiligen, desto sichtbarer wird auch der gesellschaftliche Widerspruch gegen rechte Gewalt und Ausgrenzung.

Lassen Sie uns gemeinsam mutig sein. Zeigen wir gemeinsam Zivilcourage!



Was ist (rechte) Gewalt und wo fängt sie an?

Gewalt beginnt nicht erst bei physischen Angriffen. Betroffene von Rassismus, Antisemitismus und anderen abwertenden Einstellungen erleben im Alltag viele Formen von Ausgrenzungen, Anfeindungen und Angriffen. Abwertende Blicke auf der Straße, Anrempeeln im Supermarkt, verbale Beleidigungen durch Passant:innen, Ungleichbehandlung oder Diskriminierung in Geschäften, auf der Arbeit oder durch staatliche Behörden sind für viele Menschen alltägliche Erfahrungen. Für nicht selbst betroffene Personen bleibt dies oft unsichtbar oder ist leicht zu übersehen. Für Betroffene selbst können diese Vorfälle aber gravierende psychische, körperliche und soziale Auswirkungen auf ihr alltägliches Leben haben und ihren Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Anerkennung, Bildung und soziale Absicherung zum Teil stark einschränken. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum.

Mit dem Begriff „rechte Gewalt“ bezeichnen wir physische und verbale Angriffe und Bedrohungen, die auf Grundlage der Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen begangen werden. In dieser Vorstellung werden bestimmte Menschen/-gruppen abgewertet und ihnen wird das Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit abgesprochen. Der Ausdruck „rechte Gewalt“ wird in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen genutzt wie z.B. in der Kriminologie, der Sozialwissenschaft, der Strafverfolgung, der Politik und auch innerhalb der Zivilgesellschaft. Es gibt jedoch kein einheitliches Verständnis des Begriffs und er wird teilweise unterschiedlich verwendet. Je nachdem aus welcher Perspektive das Phänomen betrachtet wird, werden auch Begriffe wie Hassgewalt oder vorurteilsmotivierte Gewalt, politisch motivierte Kriminalität oder Hasskriminalität genutzt. Für unsere Perspektive ist die strafrechtliche Relevanz der Vorfälle jedoch nicht ausschlaggebend, sondern die Auswirkungen auf Betroffene und unsere Gesellschaft.

Täter:innen von rechten Angriffen sind durch abwertende Einstellungen gegenüber bestimmten gesellschaftliche Gruppen dazu motiviert, eine Gewalttat zu begehen oder Gewalt gegenüber bestimmte Personen zu rechtfertigen. Solche Einstellungen sind nicht wahllos, sondern gründen auf historisch gewachsene Abwertungs-ideologien. Darunter fallen beispielsweise Rassismus, Antisemitis-

mus, Antiziganismus, Antifeminismus, Homo-, Trans- und Queerfeindlichkeit oder Sozialdarwinismus (mehr Informationen zu den einzelnen Phänomenen im Kapitel »Kleines Glossar zu Ideologien der Ungleichwertigkeit). Diese Einstellungen sind zentrale Elemente von extrem rechten Ideologien. Leider sind sie aber auch weit darüber hinaus in der Gesellschaft verbreitet. Rechte Gewalt wird auch durch Menschen verübt, die sich selbst nicht als rechts betrachten und keine direkten Berührungspunkte zu extrem rechten oder neonazistischen Gruppen oder Szenen haben.

Betroffene rechter Gewalt werden wegen ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer (oder mehreren) der abgewerteten Gruppen angegriffen – weil sie von den Täter:innen als jüdisch, homosexuell, migrantisch, wohnungslos etc. gelesen oder als politische:r Gegner:in wahrgenommen werden. Eine von einem homofeindlichen Angriff betroffene Person identifiziert sich also beispielsweise nicht notwendigerweise selbst als homosexuell. Wenn sie:er von den Täter:innen als homosexuell gelesen wird, dann bietet allein diese Wahrnehmung ihnen den Anlass für einen homofeindlich motivierten Angriff.

Weil rechte Gewalttaten auf abwertenden Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen basieren, gelten sie auch nie nur der angegriffenen Person. Betroffene werden stellvertretend für eine ganze Gruppe „ausgewählt“, der einzelne Angriff ist immer auch ein Angriff auf die Gruppe als Ganze. Man spricht deshalb bei rechten Angriffen auch von Botschaftstaten, die darauf abzielen, Verunsicherung bei einer größeren Zahl von Menschen auszulösen und diese (symbolisch) von der Gesellschaft auszuschließen. Wird eine Person beispielsweise angegriffen, weil sie Schwarz ist, dann können sich von diesem Angriff auch andere Schwarze Menschen adressiert, abgewertet und bedroht fühlen. Damit unterscheidet sich rechte Gewalt von anderen Formen der Gewalt.

Die Betroffenen von rechter Gewalt werden von Staat und Gesellschaft oft nicht ausreichend gesehen und gehört. Häufig werden Betroffene sogar selbst verdächtigt, schuldig oder mitschuldig zu sein. Das ist fatal, denn das durch den Übergriff ohnehin schon erschütterte Vertrauen in die Gesellschaft wird dadurch weiter geschwächt. Deshalb ist es umso wichtiger, bei (rechten) Angriffen und Bedrohungen einzugreifen und Betroffenen zu zeigen, dass sie nicht alleine sind.

Kleines Glossar zu Ideologien der Ungleichwertigkeit

Mit Ideologien der Ungleichwertigkeit werden Einstellungen bezeichnet, die eine grundsätzliche Gleichwertigkeit aller Menschen nicht anerkennen. Dazu gehören z.B. ‚Rassismus‘, ‚Antisemitismus‘ und ‚Homofeindlichkeit‘.

Auf der Grundlage solcher Einstellungen wird eine Diskriminierung von bestimmten Menschen begründet, werden ihnen elementare Rechte abgesprochen und der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen verwehrt.

Diese Vorstellungen der Ungleichwertigkeit richten sich gegen spezifische Gruppen von Menschen, die von außen als homogene Gruppen mit besonderen Eigenschaften konstruiert werden. Sie sind historisch gewachsen und durch etablierte Machtstrukturen teilweise tief in der Gesellschaft verankert. Auch wenn sie zunehmend kritisch hinterfragt und bekämpft werden, haben sie weiterhin eine starke Wirkung z.B. in der diskriminierenden Behandlung bestimmter Menschen durch staatliche Strukturen oder auch durch Einzelpersonen. Dies kann bewusst, aber auch unbewusst geschehen.

Die Abwertung bestimmter Personengruppen dient dazu, die eigene gesellschaftliche Position aufzuwerten und eigene soziale, ökonomische und symbolische Privilegien zu sichern. Dies passiert auf institutioneller und auch auf individueller Ebene. Die Abwertung kann sich in verschiedenen Formen ausdrücken, von der stereotypen Darstellung in Medien und Literatur, über eine implizite oder explizite Diskriminierung beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt, bis hin zu offenem Hass und brutaler Gewalt.

Menschen können von mehreren Ideologien der Ungleichwertigkeit gleichzeitig betroffen sein, zum Beispiel von Rassismus und Frauenfeindlichkeit – das wird als „intersektionale“ Abwertung bezeichnet.

Andere Begriffe, die für „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ auch verwendet werden, sind z. B. „Abwertungsideologien“ und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“.

Antisemitismus

Antisemitismus ist die Feindschaft und ablehnende Haltung gegenüber dem Judentum und Jüdinnen:Juden. In der Vergangenheit wie heute diente und dient er als ein gesellschaftspolitisches Instrument und drückt sich in der Verleumdung, Ausgrenzung und Diskriminierung von und Gewalt gegen jüdische Menschen aus. Im Nationalsozialismus führte die systematische Abwertung und Verfolgung von Jüdinnen:Juden zur Shoa, der Ermordung von mehr als 6 Millionen jüdischen Menschen in ganz Europa.

Schon seit Jahrhunderten werden Jüdinnen:Juden Eigenschaften wie ‚Geldgier‘ und ‚Boshaftigkeit‘ unterstellt, aufgrund derer sie verachtet und gehasst werden können. Häufig wurden Jüdinnen:Juden für gesellschaftliche Krisen, Krankheiten und andere Missstände verantwortlich gemacht und damit organisierte und spontane Gewalt gegen sie gerechtfertigt. Sie werden auch heute in vielen politischen und ideologischen Strömungen als heimliche „Strippenzieher“ der (internationalen) Politik und Weltwirtschaft dargestellt. Wie bei rassistischer Abwertung werden Jüdinnen:Juden als ‚fremd‘ und ‚anders‘ als die vermeintliche „Normalbevölkerung“ dargestellt, aber als ‚mächtig‘ und ‚überlegen‘ und nicht als unterlegen.

Antisemitismus bildet die Grundlage für viele Verschwörungserzählungen, die zur verfälschenden Vereinfachung gesellschaftlicher Zusammenhänge dienen, indem vermeintlich „Schuldige“ für Missstände identifiziert werden. Oft finden sich diese traditionellen antisemitischen Stereotype auch in Bezug auf Israel, zum Beispiel in der pauschalisierenden Diffamierung des jüdischen Staates, oder wenn Israel das Recht zu existieren aberkannt wird. Die antisemitische Erzählung, jüdische Menschen und/oder Israel würden die Welt kontrollieren und von Grund auf böse sein, dient bis heute zur Rechtfertigung antisemitischer Aggression und Gewalt gegen Einzelpersonen und Einrichtungen.

Dies führt auch in Berlin dazu, dass zum Beispiel jüdische Schulen und Synagogen auf Polizeischutz angewiesen sind und viele jüdische Menschen davor zurückschrecken, sich in der Öffentlichkeit als Jüdinnen:Juden zu erkennen zu geben.



Rassismus

Unter Rassismus wird ein gesellschaftliches System verstanden, das bestimmte Menschen aufgrund vermeintlicher körperlicher wie kultureller Eigenschaften in klar abgrenzbare Gruppen unterteilt. Den so konstruierten Gruppen werden negative, vermeintlich homogene biologische und/oder kulturelle Eigenschaften zugesprochen. Anders als Antisemitismus positioniert Rassismus ‚die Anderen‘ nach unten und sie werden als ‚weniger zivilisiert‘, ‚weniger intelligent‘ und ähnliches dargestellt. Diese Abwertung wird als Rechtfertigung für einen eingeschränkten Zugang zu Ressourcen, Rechten und Teilhabe genutzt. Rassismus produziert also Strukturen der Ungleichheit, verschleiert sie als „natürlich“ und stellt sie so als „gerecht“ dar.

Die rassistische Einteilung und Bewertung von Menschen wurde als Rechtfertigung für Kolonialismus und Versklavung genutzt und ist damit wie der Antisemitismus eine zentrale Grundlage, auf der unsere heutige Gesellschaft entstanden ist und schränkt bis heute noch den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen für viele Menschen ein.

Von Rassismus sind in Deutschland vor allem People of Colour und Schwarze Menschen betroffen. Je nach zugeschriebener Herkunftsregion und historisch-politischer Situation werden Menschen mit teilweise ähnlichen, teilweise auch spezifischen Zuschreibungen versehen, wie beispielsweise im antiasiatischen oder antimuslimischen Rassismus.

Von Rassismus betroffene Menschen erleben auch in Berlin offene Anfeindungen und Gewalt auf der Straße, sowie Diskriminierung durch öffentliche Institutionen wie der Polizei zum Beispiel in Form von ‚Racial Profiling‘ und anlassloser Kriminalisierung.

Antimuslimischer Rassismus

Grundlage von antimuslimischem Rassismus ist die Darstellung der islamischen Religion und allem, was als ihr zugehörig definiert wird, als ‚fremd‘ und ‚gefährlich‘. „Der“ Islam dient in vielen politischen Strömungen in Deutschland als wichtiges Feindbild. In diesem Kontext wird auch von „Islamfeindlichkeit“ gesprochen.

Unabhängig von ihrer tatsächlichen Religionszugehörigkeit werden Menschen von außen auf Grundlage rassistischer Stereotype, ihrer vermeintlichen Herkunft oder bestimmter Kleidung als „Muslim:in“ identifiziert. Dabei werden tatsächliche und vermeintliche Muslim:innen als homogene Gruppe mit gleichen Eigenschaften konstruiert. Weil dabei die Wahrnehmung des Äußeren im Vordergrund steht und Religion/Kultur wie eine Charaktereigenschaft behandelt wird, spricht man von Rassismus.

In Deutschland spielt Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus eine wichtige Rolle im Diskurs über bzw. gegen Migration – Muslim:innen werden als Migrant:innen und Migrant:innen als Muslim:innen stereotypisiert. Besonders rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen greifen das Bild von in Europa ‚eindringenden‘ Muslim:innen und der fortschreitenden ‚Islamisierung des Abendlandes‘ immer wieder auf. Es stellt

eine erneuerte Version der Erzählung vom sogenannten ‚Volkstod‘ dar, die unter anderem in der nationalsozialistischen Propaganda eine große Rolle gespielt hat und die heute ‚Großer Austausch‘ genannt wird. Damit wird das Narrativ bedient, dass eine europäische oder deutsche ‚Stammbevölkerung‘ durch kulturell ‚fremde‘ bzw. muslimische Bevölkerungsgruppen ersetzt werde. Das hat mit der Realität nichts zu tun und schürt die Feindseligkeit gegenüber Muslim:innen und als solche wahrgenommene Personen.

Im Alltag bekommen dies vor allem Menschen zu spüren, die von außen vermeintlich als Muslim:innen erkennbar sind, auch in Berlin. Häufig werden zum Beispiel Frauen beschimpft oder angegriffen, die ein Kopftuch tragen. Auch Einrichtungen, wie Moscheen, oder Geschäfte, die als muslimisch wahrgenommen werden, erleben Bedrohungen und Angriffe.

Antiziganismus

Mit Antiziganismus wird die Abwertung von Menschen bezeichnet, die als „Zigeuner“ stigmatisiert werden. Verwendet werden in diesem Kontext auch Begriffe wie „Rassismus gegen Romnja und Sintizze“ und „Gadjé-Rassismus“. ‚Gadjé‘ sind Nicht-Romnja und bezeichnet die Menschen, von denen der Rassismus ausgeht.

Antiziganismus drückt sich historisch vor allem in der Ausgrenzung, Verfolgung und Ausbeutung von Romnja:Roma und Sitizze:Sinti aus. Dies reichte z. B. von der Versklavung im 19. Jahrhundert auf Gebieten des heutigen Rumäniens bis zur systematischen Verfolgung und Vernichtung durch den Nationalsozialismus, bei der bis zu 500.000 Menschen europaweit ermordet wurden. Bis heute sind Romnja:Roma und Sitizze:Sinti in Deutschland und ganz Europa von massiven Formen der Diskriminierung und Gewalt betroffen. Eine Aufarbeitung und Anerkennung des nationalsozialistischen Völkermords an Romnja:Roma und Sitizze:Sinti hat erst in den letzten Jahren eine breitere politische Aufmerksamkeit erreicht und bis heute herrscht in der Gesellschaft ein großes Unwissen über den Völkermord.

Ebenso wie Antisemitismus hat Antiziganismus die Funktion „Sündenböcke“ für Misstände in der Gesellschaft zu benennen, die eine Bedrohung für die restliche Bevölkerung darstellen würden. Anders als beim Antisemitismus stigmatisieren antiziganistische Stereotype Menschen als ‚wild‘, ‚arbeitsscheu‘, ‚asozial‘, ‚kriminell‘ und ‚unangepasst‘, um damit ein Gegenbild zum ‚braven Bürger‘ zu konstruieren. Bis heute führt dies zu einer ungleichen Behandlung von Romnja:Roma und Sitizze:Sinti z. B. durch eine starke Kriminalisierung durch Polizeibehörden und die Diskriminierung durch andere öffentliche Einrichtungen.

Auch in der Literatur, in Musik und in Filmen sind antiziganistische Stereotype weit verbreitet. Hier wurde und wird häufig das vermeintlich positive Bild von ‚leidenschaftlichen‘, ‚musikalischen‘ und ‚freien‘ „Zigeunern“ gezeichnet, das ebenso dazu dient, eine homogene Menschengruppe zu konstruieren, die als etwas ‚Fremdes‘ und ‚Anderes‘ vom Leben der ‚normalen Menschen‘ abgegrenzt ist.

Antifeminismus/Misogynie/Sexismus

Als Antifeminismus werden gesellschaftliche, politische, religiöse und akademische Strömungen bezeichnet, die sich häufig organisiert gegen feministische Emanzipationsbewegungen wenden. Antifeminismus richtet sich somit gegen feministische Anliegen, wie beispielsweise die Umsetzung geschlechtlicher Gleichstellung in allen Lebensbereichen oder die Stärkung körperlicher und sexueller Selbstbestimmung.

Antifeminismus ist häufig ein wesentliches Merkmal von rechtspopulistischen wie extrem rechten Strategien und Politiken. Zudem spielt er eine große Rolle in den sozialen Netzwerken und Aktivist:innen, Journalist:innen und Politiker:innen, die als Feminist:innen identifiziert werden, werden zum Ziel von Bedrohungen und (organisierten) Shitstorms.

Antifeminismus überschneidet sich teilweise mit Sexismus und Misogynie. Misogynie (altgriechisch: misos – „Hass“, gyne – „Frau“) oder Frauenfeindlichkeit bezeichnet die grundsätzliche Vorstellung der Minderwertigkeit von Frauen und Menschen denen aufgrund gesellschaftlicher Geschlechterbilder von außen Weiblichkeit zugeschrieben wird. Diese ist gesellschaftlich tief verankert und äußert sich in verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen, häufig auch im Rahmen von Liebesbeziehungen und Partner:innenschaften. Als „Femizid“ wird die Ermordung einer Person aufgrund ihrer gesellschaftlich zugeschriebenen Rolle als Frau bezeichnet.

Sexismus benennt ebenfalls eine Alltagserscheinung, für die das Geschlecht als wesentliches Unterscheidungskriterium von Menschen und zur Begründung von Abwertung und Benachteiligung herangezogen wird. Sexismus drückt sich aus in verbalen Zuschreibungen und Abwertungen, in Handlungen von sexueller Belästigung und körperlicher Gewalt, sowie in struktureller und institutioneller Benachteiligung.



Homo-, Trans- und Queerfeindlichkeit

In unserer Gesellschaft existieren weit verbreitete normative Vorstellungen davon, wie sich Personen gemäß ihrer vermeintlichen Geschlechtsidentität zu verhalten und zu kleiden haben, wen sie lieben und wen sie sexuell begehren dürfen. Dahinter stehen Vorstellungen eines biologischen Geschlechtes als entweder eindeutig männlich oder eindeutig weiblich, von dazugehörigen Geschlechterrollen, die ein angemessenes Verhalten festlegen, sowie Heterosexualität als einziger akzeptabler Form, Liebesbeziehungen zu führen.

Menschen, die diesen Normen nicht entsprechen, werden in allen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert und ausgegrenzt. Die Existenz und Lebensrealität von LGBTIQ+ (englisch: Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex, Queer, Agender und andere) gilt als „unnormale“, wird abgewertet oder sogar als Bedrohung traditioneller Geschlechter- und Familienbilder dargestellt. Homo-, Trans- und Queerfeindlichkeit bezeichnet also die Abwertung von Menschen der LGBTIQ+-Community.

Diese Abwertung begründete eine lange Geschichte von Diskriminierung bis zur systematischen Verfolgung und brutaler Gewalt. Auch während des Nationalsozialismus wurden Schwule, Lesben und trans Personen verfolgt und ermordet. Bis in das Jahr 1992 wurde Homosexualität als Krankheit durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eingestuft.

Anfeindungen und Angriffe aus homo- und transfeindlicher Motivation sind bis heute häufig von besonders brutaler Gewalt geprägt.

Sozialdarwinismus

Sozialdarwinismus ist ein wichtiger Bestandteil der menschenverachtenden Vorstellung der Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen. Der Sozialdarwinismus ist als Gesellschaftstheorie und politische Strömung entstanden, die das Konzept der natürlichen Auslese des ‚geeigneteren‘ Lebens im Kampf ums Überleben aus der Biologie auf die menschliche Gesellschaft überträgt.

Im Nationalsozialismus wurde dies für die Bestimmung „unwerten Lebens“ und die Rechtfertigung der Ermordung von Menschen verwendet. Der Sozialdarwinismus basiert auf der Vorstellung, dass sich ‚Stärkere‘ in der Gesellschaft durchsetzen sollten und auf ‚Schwächere‘ keine Rücksicht genommen werden sollte.

Noch heute werden zum Beispiel Menschen mit Behinderung oft so behandelt, als würde mit ihnen etwas nicht stimmen. Auch Personen, die die gängigen Vorstellungen „etwas zu leisten“ nicht erbringen können oder wollen, sind von sozialdarwinistischer Ausgrenzung und Abwertung betroffen.

Dies trifft besonders Wohnungs- und Obdachlose: sie werden als ‚störend‘ und ‚sozial wertlos‘ abgewertet. Dies dient immer wieder sogar als Rechtfertigung, obdachlose Personen zu quälen oder zu töten, indem zum Beispiel ihre Schlafstätte angezündet wird. Aufgrund ihrer Situation sind Obdachlose dabei besonders schutzlos und Angriffen ausgesetzt.

Warum Vorfälle an zivilgesellschaftliche Stellen melden?

Zivilgesellschaftliche Dokumentationsstellen für rechte Gewalt und Diskriminierung sammeln Meldungen von Vorfällen aus verschiedenen Quellen – von direkt Betroffenen, von Zeug:innen, von Beratungsstellen, aus Medienberichten und aus öffentlichen Statistiken – und bereiten diese für eine öffentliche Gesamtdarstellung auf. Damit geben sie einen Einblick in eine gesellschaftliche Wirklichkeit und die Situation Betroffener, die sonst häufig nicht ausreichend beachtet wird. Das ist eine wichtige Grundlage für die Arbeit anderer Organisationen, für mediale Berichterstattung, aber auch um konkrete Forderungen an die Politik zu richten zu können.

Ohne zivilgesellschaftliche Dokumentationsstellen gäbe es nur Lagebilder auf Grundlage polizeilicher Statistiken. Alle Vorfälle, die nicht zur Anzeige gebracht wurden, oder nicht strafbar sind, sind nicht in diesen Statistiken enthalten. Die Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen derjenigen, die ihre Erlebnisse aus unterschiedlichen Gründen nicht bei der Polizei angezeigt haben, bleiben unsichtbar, im Dunkelfeld.

Zivilgesellschaftliche Dokumentationsstellen machen einerseits das Dunkelfeld an rechten und rassistischen Straftaten sichtbar. Zusätzlich beschreiben sie durch die Erfassung von nicht strafbaren Vorfällen ein gesellschaftliches Klima, aus dem heraus Ausgrenzung und Gewalt entstehen. Dadurch können mehr Menschen erkennen, wie stark der Alltag anderer Gruppen von Abwertung und Ausgrenzung geprägt ist. Die stärkere Sichtbarkeit gewährleistet eine größere Bereitschaft in der Gesellschaft, die betroffenen Menschen zu unterstützen.

In Berlin gibt es verschiedene Dokumentationsstellen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die *Berliner Register* zum Beispiel dokumentieren über die bezirklichen Registerstellen Vorfälle von Ausgrenzung und rechter Gewalt, um die Lage auf lokaler und gesamtstädtischer Ebene beschreiben zu können und damit eine Grundlage für die Verbesserung der Situation zu schaffen. Die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)* fokussiert sich auf antisemitische Vorfälle, um Kenntnisse über unterschiedliche Formen von Antisemitismus und ihre Verbreitung im Alltag zu gewinnen. Die *Dokumentationsstelle Antiziganismus DOSTA* von Amaro Foro e.V. wiederum erfasst antiziganistisch motivierte Vorfälle, um einen Überblick über Diskriminierung und Gewalt gegen Rom:nja und Sinti:zze in Berlin zu schaffen und gezielt Schritte zur Prävention und Bekämpfung von Antiziganismus einzuleiten (mehr Informationen unter [»Weiterführende Kontakte](#) am Ende der Broschüre).

Diese Vorfälle erfassen die Berliner Register:

Inhaltliche Kategorien

- Rassismus
- Antisemitismus
- LGBTIQ*-Feindlichkeit
- Sozialchauvinismus (z. B. Feindschaft gegen Obdachlose)
- Feindschaft gegen Menschen mit Behinderung
- Extrem rechte Darstellungen (z. B. Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus, Angriffe auf Politische Gegner*innen)
- Antifeminismus

Arten von Vorfällen

- Propaganda (Aufkleber, Plakate, Gesprühtes)
- Veranstaltung
- Angriff
- Bedrohung, Beleidigung, Pöbeleien
- Sachbeschädigung
- Strukturelle Benachteiligung (z. B. Diskriminierung in Behörden oder Schule)
- sonstiges



Wie lässt sich eine interne Auseinandersetzung mit Gewalt und Ausgrenzung anstoßen und gestalten?

Betroffene von Hassgewalt und Ausgrenzung machen häufig die Erfahrung, dass ihre Erlebnisse nicht ernst genommen werden, sie nicht verstanden werden oder ihnen gar nicht oder nicht richtig zugehört wird. All diese Erfahrungen machen es für Betroffene besonders schwer, mit Diskriminierung und Angriffen umzugehen. In manchen Fällen führt dies dazu, dass sich für Betroffene die Erfahrung des Leugnens, Ignorierens oder des Unverständnisses Anderer gegenüber ihrer Erfahrung wie ein zweiter Angriff anfühlt. Das ist fatal für die Betroffenen und sollte unbedingt vermieden werden.

Um also für Betroffene von Hassgewalt und Ausgrenzung eine echte Unterstützung zu sein und ihnen tatsächlich einen Schutzraum anzubieten, sollten wir uns rund um die Themen rechte, rassistische, antisemitische und andere menschenverachtende Gewalt und Abwertungsideologien schlau machen, um sensibel auf Betroffene eingehen zu können.



Stellen Sie sicher, dass alle Kolleg:innen informiert sind. Wenn Sie an der *Aktion Noteingang* teilnehmen, müssen alle Mitarbeitenden Ihres Geschäfts, Ihres Cafés oder Einrichtung Bescheid wissen. Nehmen Sie sich beim Teamtreffen Zeit, um sich mit dem Konzept der *Aktion Noteingang* zu befassen. Unterhalten Sie sich zu den Inhalten der Broschüre und klären Sie offene Fragen gemeinsam. Informieren Sie sich außerdem über die Beratungs- und Workshop-Angebote der *Aktion Noteingang Berlin*.



Besuchen Sie Weiterbildungen. Stoßen Sie im Kreis Ihrer Kolleg:innen die Teilnahme an Weiterbildungen und Informationsveranstaltungen zu (rechter) Gewalt und zu den verschiedenen Ungleichwertigkeitsideologien, die in unserer Gesellschaft wirksam sind, an. In diesem Kontext ist es wichtig, auch die eigene Haltung und Verhaltensweisen zu reflektieren und zu hinterfragen. Unter **»Weiterführende Kontakte** am Ende der Broschüre finden Sie Hinweise auf entsprechende Bildungsangebote. Vielleicht kann auch Ihre Einrichtung ein Ort für eine Informationsveranstaltung oder ein Workshop für die Nachbar:innenschaft sein?



Nutzen sie Informationsangebote. Beachten Sie Veröffentlichungen und Jahresberichte der Berliner Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenverachtender Gewalt sowie der Berliner Register. Auch das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin bietet aktuelle Informationen zu den Themen.

In jeden Fall können Sie unser Bündnis der *Aktion Noteingang Berlin* immer ansprechen. Die vertiefte Auseinandersetzung sowohl mit dem Konzept der *Aktion Noteingang*, als auch mit Hassgewalt und den verschiedenen Abwertungsideologien ist uns wichtig. Dafür bieten wir selbst verschiedene Workshop-Formate an und beraten Sie gerne (kontaktieren Sie uns unter info@aktion-noteingang-berlin.de).

Gemeinsam Zivilcourage zeigen! – Ein Rückblick aus Treptow-Köpenick und Pankow

Als Initiator:innen der *Aktion Noteingang* in Treptow-Köpenick und Pankow freut es uns sehr, nach mehreren Jahren des Engagements die Gelegenheit zu haben, einen Beitrag für die Broschüre der *Aktion Noteingang* Berlin zu schreiben. Mit der berlinweiten Vernetzung macht die *Aktion Noteingang* den nächsten Schritt. Wir verfolgen damit das Ziel, in allen Berliner Bezirken ein deutliches Zeichen gegen Gewalt im öffentlichen Raum zu setzen. Dafür sind wir immer auf der Suche nach zivilgesellschaftlichen Vernetzungen und Institutionen, die die *Aktion Noteingang* auch in ihrem Bezirk etablieren wollen.

In den letzten Jahren war es unser gemeinsames Ziel, möglichst viele *Noteingänge* in unseren Bezirken zu schaffen, um Menschen, die Gewalt und Diskriminierung im öffentlichen Raum erfahren, einen sichereren Raum und Unterstützung anzubieten.

Anlass in Treptow-Köpenick waren Übergriffe auf junge geflüchtete Menschen im Jahr 2018. Das HdJK/CAFE – Köpenick und das Projekt „beGEG(E)Nung“ betrachteten es als wichtig, hier aktiv zu werden. Gemeinsam mit anderen Kinder- und Jugendeinrichtungen engagierten wir uns im Bündnis „BUNT statt braun!“ langjährig gegen die Ansiedlung der NPD-Bundeszentrale und in der Aktion „Schöner weiden ohne Nazis“ gegen die Nazikneipe „Zum Henker“. Bezirkslich gewannen wir das Zentrum für Demokratie (ZfD) und das Register Treptow-Köpenick als Partner.

Wichtig war uns von Anfang an, dass es bei der *Aktion Noteingang* nicht nur darum gehen sollte, sich ein Schild mit der Aufschrift „*Noteingang*“ an die Tür zu hängen. Wir wollten auch den Teams von beteiligten Projekten und betroffenen Menschen unterstützendes Material an die Hand geben und darüber hinaus die Nutzer:innen der beteiligten Projekte (z.B. in Workshopform) einbeziehen: sei dies praktisch (Wie kann ich helfen?) oder auch mit der Frage: Wo beginnt Gewalt, Diskriminierung und Abwertung von Menschen? So sind wir bei Kiezspaziergängen bspw. mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Geschäfte gegangen und haben Ladeninhaber:innen dafür gewonnen, sich an der *Aktion Noteingang* zu beteiligen. Die Sichtbarkeit in den Kiezen ist der Schlüssel für die Wirksamkeit im Wohn- und Lebensumfeld, damit potentiell Betroffene sich sicherer fühlen können und wissen, wo sie Unterstützung finden.

Nachdem wir die *Aktion Noteingang* in Treptow-Köpenick auf neue Art wiederbelebt hatten, versuchten wir das Anliegen auch berlinweit zu verbreiten, so zum Beispiel beim überregional wirkenden Träger Kinderring Berlin e.V., der SozDia (Sozialdiakonische Jugendarbeit) oder in einer Vernetzungsgruppe im Bezirk Lichtenberg.

Sicherere Kieze zu schaffen, ist uns in Pankow auch ein wichtiges Anliegen und so luden wir die Vertreter:innen der *Aktion*



Noteingang Treptow-Köpenick ein, um die *Aktion Noteingang* auch in Pankow wieder lebendig werden zu lassen.

Auch uns war und ist es wichtig, dass *Noteingänge* nicht nur einen Aufkleber auf ihre Fensterscheibe oder Tür kleben, sondern sich damit auseinandersetzen, was es bedeutet, wenn eine Person den *Noteingang* nutzt. Dies gilt vor allem für öffentliche Einrichtungen, wie Jugendzentren, Stadtteilzentren, Bibliotheken, Universitäten, usw. Das Team der *Aktion Noteingang* berät die Teams von Einrichtungen und bespricht mit ihnen, was es bedeutet, wenn sie ein *Noteingang* werden und was sie dabei beachten sollten. Wir stellen fest, dass diese Beratungen einen Beitrag leisten, die Sicherheit und Absprachen in den Einrichtungen zu erneuern oder an-

zugehen und mehr Handlungssicherheit herzustellen. Das Feedback gibt unserem Ansatz Recht.

Außerdem führen auch wir Kiez-Spaziergänge mit Menschen zwischen 12 und 99 Jahren durch. Hier unterhalten wir uns darüber, wie Zivilcourage im öffentlichen Raum aussehen könnte und worauf dabei zu achten ist und stellen die *Aktion Noteingang* vor. Daraufhin gehen die Teilnehmer:innen der Spaziergänge in die umliegenden Läden, um diese für die *Aktion Noteingang* zu gewinnen.

Als bereits mehrjährig tätige Projekte unterstützten wir nun auch in den Bezirken Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf den Prozess, die *Aktion Noteingang* ins Leben zu rufen. Wir teilen gerne unsere Erfah-

rung, Materialien und Formate, die von Beratungs-Workshops über Kiezspaziergänge zu Zivilcourage bis hin zu Workshops zur Sensibilisierung zu Formen der Diskriminierung für junge Menschen reichen.

Die *Aktion Noteingang* stärkt die Zivilcourage in unserer Gesellschaft. Menschen werden angeregt, darüber nachzudenken, wie sie sich verhalten würden, wenn sie einen Gewaltvorfall im öffentlichen Raum beobachten. Sie denken darüber nach, in welchen Fällen sie einen *Noteingang* nutzen würden. Jede Person, die sich bedroht fühlt, soll einen *Noteingang* nutzen können und ernst genommen genommen werden. Es ist wichtig anzuerkennen, dass sich Gewalt in zahlreichen Facetten zeigt und jede Person selber definiert, was sie als grenzüberschreitend und bedrohlich oder auch als Gewalt wahrnimmt. Durch die *Aktion Noteingang* wird ein Zeichen in den Kiezen gegen Ausgrenzung, Dis-

kriminierung und übergriffiges Verhalten gesetzt und Betroffene finden Orte, wo sie Unterstützung erhalten.

Sehr erfreulich ist, dass eine Berliner Vernetzung der *Aktion Noteingang* entstanden ist, bei der auch die Berliner Register, die schon seit Anbeginn wertvoller Projektpartner sind, und die Amadeu Antonio Stiftung dabei sind. Es ist großartig, dass wir nun gemeinsam den Weg beschreiten, die *Aktion Noteingang* berlinweit weiter voranzubringen. Dies unterstützen wir zusammen sehr gerne!

Jana Ringer, *Aktion Noteingang* Pankow / JUP e. V.

Sabine Franz & Jan Bloch, Haus der Jugend Köpenick – CAFE / KJR e.V.



Aktion Noteingang Pankow © JUP Pankow

Weiterführende Kontakte

Aktion Noteingang

Aktion Noteingang Berlin

Unser Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und engagierten Personen setzt sich dafür ein, die *Aktion Noteingang* in Berlin auszuweiten.

info@aktion-noteingang-berlin.de
www.aktion-noteingang-berlin.de

Aktion Noteingang Treptow-Köpenick

c/o HdJK / KJR e.V.
Seelenbinderstraße 54
12 555 Berlin
030/65 204 84
mail@hdjk.de
www.aktion-noteingang-treptow-koepenick.de
facebook.com/schwon

Aktion Noteingang Pankow

noteingang-pankow@jup-ev.org
www.aktion-noteingang-berlin.de/pankow
Instagram: @noteingang.pankow
facebook.com/noteingang.pankow

Aktion Noteingang Lichtenberg

Möllendorffstraße 6
10367 Berlin
030/90296 3327
Fabian.Nehring@lichtenberg.berlin.de
www.aktion-noteingang-berlin.de/lichtenberg

Aktion Noteingang Marzahn-Hellersdorf

www.aktion-noteingang-berlin.de/mar-zahn-hellersdorf

Aktion Noteingang Reinickendorf

www.aktion-noteingang-berlin.de/reinickendorf

Anlauf- und Beratungsstellen für Betroffene

ReachOut

Die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung, *ReachOut*, berät und unterstützt sowohl Betroffene, als auch Zeug:innen sowie deren Angehörige und Freund:innen.

Beusselstr. 35
10553 Berlin

030/6956 8339
beratung@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

OPRA

Die Beratungsstelle *OPRA* ist auf die psychologische Beratung von Betroffenen rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt spezialisiert. Sie bietet psychologisch fundierte Beratung sowie die Behandlung psychischer Folgen einer Traumatisierung durch rechtsextreme Gewalterfahrungen an.

Beusselstr. 35
10553 Berlin

030/9221 8241
info@opra-gewalt.de
www.opra-gewalt.de

OFEK

OFEK e.V. ist ein gemeinnütziger Verein und eine Fachberatungsstelle, die auf Antisemitismus spezialisiert ist. OFEK berät, begleitet und unterstützt Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeug:innen antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten.

030/6108 0458

berlin@ofek-beratung.de

www.ofek-beratung.de

LesMigraS

Als Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin bietet *LesMigraS* für Lesben, bisexuelle Frauen, trans*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen Beratung in Fällen von Gewalt und (Mehrfach-)Diskriminierung an.

Kulmer Str. 20a

10783 Berlin

030/2191 5090

info@lesmigras.de

www.lesmigras.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin - MBR

Die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)* ist eine Anlaufstelle für alle, die bei konkreten rechtsextremen, rechtspopulistischen, rassistischen, antisemitischen und verschwörungsideologischen Anlässen sprech- und handlungssicher werden wollen, ob im beruflichen oder im privaten Kontext.

Gleimstr. 31

10437 Berlin

030/817 985 810

info@mbr-berlin.de

www.mbr-berlin.de

MANEO

Das schwule Anti-Gewalt Projekt *MANEO* unterstützt schwule und bisexuelle Männer, die von schwulenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung betroffen sind.

Bülowstr. 106

10783 Berlin

030/2163 336

maneo@maneo.de

www.maneo.de

LARA

Die *Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen** - *LARA* bietet Unterstützung und Beratung für Frauen* nach dem 14. Lebensjahr an, die eine Vergewaltigung, sexuelle An- und Übergriffe und sexuelle Belästigung erfahren haben.

Fuggerstr. 19

10777 Berlin

030/216 8888

beratung@lara-berlin.de

www.lara-berlin.de

Opferhilfe Berlin

Die Beratungsstelle der *Opferhilfe Berlin* steht Opfern und Zeug:innen von Straftaten und deren Angehörigen zur Seite.

Oldenburger Str. 38

10551 Berlin

030/3952 867

info@opferhilfe-berlin.de

www.opferhilfe-berlin.de

GLADT

Die Selbstorganisation von Schwarzen, Indigenen und of Color Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queeren Menschen in Berlin, *GLADT*, engagiert sich auf unterschiedlichen Ebenen gegen Rassismus, Sexismus, Trans- und Homofeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit sowie andere Formen von Diskriminierung. In Fällen von sexuali-

stierter, homo- und transfeindlicher Gewalt sowie bei (Mehrfach-)Diskriminierung bietet GLADT eine psychosoziale Beratung an.

Lützowstr. 28
10785 Berlin
030/5876 8493 00
info@gladt.de
www.gladt.de

Amaro Foro

Als transkultureller Jugendverband engagieren sich Rom:nja und Nicht-Rom:nja bei *Amaro Foro e.V.* gemeinsam gegen Antiziganismus und für Teilhabe und Chancengerechtigkeit. In Fällen von Antiziganismus bietet Amaro Foro praktische Unterstützung im sozialen Bereich an.

Weichselplatz 8
12045 Berlin
030/4320 5373
info@amaroforo.de
www.amaroforo.de

Each One Teach One (EOTO)

EOTO setzt sich als Community-basiertes Bildungs- und Empowerment-Projekt für die Interessen Schwarzer, afrikanischer und afrodiaporischer Menschen in Deutschland und Europa ein. In Fällen von rassistischer Diskriminierung bietet EOTO eine Erst-, Verweis- und Sozialberatung an.

Togostr. 76
13351 Berlin
030/5130 4163
info@eoto-archiv.de
www.eoto-archiv.de

Flüchtlingsrat Berlin

Der *Flüchtlingsrat Berlin* setzt sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von geflüchteten Menschen und die Wahrung ihrer Menschenwürde ein. Der Flüchtlingsrat ist keine Beratungsstelle, bietet jedoch

eine Erst- und Vermittlungsberatung für Asylsuchende und Unterstützer:innen an.

Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
030/2247 6311
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
fluechtlingsrat-berlin.de

ADNB - Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin

Das *Antidiskriminierungsnetzwerk des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg* berät und unterstützt Personen, die rassistische Diskriminierungserfahrungen machen.

Oranienstr. 53
10969 Berlin
030/6130 5328
adnb@tbb-berlin.de
www.adnb.de

Melde- und Dokumentationsstellen

RIAS Berlin

Seit 2015 hat die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin* zusammen mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen ein berlinweites Meldernetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut. Darüber hinaus werden bei RIAS Meldungen und eigene Recherchen über antisemitische Vorfälle systematisiert und analysiert.

0 152/1336 2198
info@report-antisemitism.de
www.report-antisemitism.de

Berliner Registerstellen für Vorfälle von Diskriminierung und extrem rechten Aktivitäten

Die *Berliner Register* machen Ausgrenzung und Diskriminierung im Berliner Alltag sichtbar. Dafür dokumentieren sie Vorfälle, die rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ*-feindlich, antiziganistisch, extrem rechts,

sozialchauvinistisch, behindertenfeindlich oder antifeministisch sind. Die Vorfälle werden dem Register des jeweiligen Berliner Bezirks von Bürger:innen über verschiedene Wege gemeldet und in einer Chronik im Internet sowie jährlich in einem Bericht der Berliner Register veröffentlicht.

0152/0442 5746
info@berliner-register.de
www.berliner-register.de

DOSTA

Die *DOSTA - Dokumentationsstelle Antiziganismus* von Amaro Foro e.V. erfasst systematisch antiziganistisch motivierte Vorfälle. Ihre Arbeit zielt darauf ab, einen Überblick zu schaffen, um gezielt Schritte zur Prävention und Bekämpfung von Antiziganismus einzuleiten.

dosta@amaroforo.de
amaroforo.de/projekte/dosta

Information und Weiterbildung zum Umgang mit Abwertungs-ideologien und menschenverachtenden Einstellungen

Amadeu Antonio Stiftung

Die *Amadeu Antonio Stiftung* stärkt die demokratische Zivilgesellschaft und wendet sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Dafür fördert sie Initiativen und Projekte, die sich kontinuierlich für eine demokratische Kultur engagieren und für den Schutz von Minderheiten eintreten.

Novalisstr. 12
10115 Berlin
030/240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Apabiz

Das *apabiz* informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Das vor Ort geführte Archiv ist das umfangreichste, öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten nach 1945. Mit der jährlichen Publikation ‚Berliner Zustände‘ veröffentlicht das *apabiz* eine Sammlung aktueller Analysen von Berliner Initiativen zum Thema Ideologien der Ungleichheit.

Lausitzerstr. 10
10999 Berlin

030/6116 249
mail@apabiz.de
www.apabiz.de

BAG W

Die *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W)* ist eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft der sozialen Dienste und Einrichtungen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten. Ihr Hauptanliegen ist es, den von Wohnungslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten und betroffenen Menschen einen menschenwürdigen Platz in der Gesellschaft zu verschaffen. Dazu erarbeitet sie Lösungsstrategien und stellt Hintergrundinformation und Expertisen zu Wohnungslosigkeit zur Verfügung.

Waidmannsluster Damm 37
13509 Berlin

030/2844 5370
info@bagw.de
www.bagw.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin - MBR

Die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)* ist eine Anlaufstelle für alle, die bei konkreten rechtsextremen, rechtspopulistischen, rassistischen, antisemitischen und verschwörungsideologi-

schen Anlässen sprech- und handlungssicher werden wollen, ob im beruflichen oder im privaten Kontext.

Gleimstr. 31
10437 Berlin

030/817 985 810
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

kostenfrei Multiplikator:innen. Außerdem bietet das MBT Berlin Beratungen und Fortbildungen zum Umgang mit allen Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit an und erarbeiten partizipative Dialogkonzepte im Gemeinwesen.

030/4172 5628 oder 030/4423 718
mbtberlin@stiftung-spi.de
www.mbt-berlin.de

Mobiles Beratungsteam Berlin - MBT

Das *Das Mobile Beratungsteam Berlin - für Demokratieentwicklung (MBT Berlin)* berät und begleitet, unterstützt und vernetzt

Herausgeberin:

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
Telefon + 49 (0)30. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de



Illustrationen: Cris Olano | Pudelskern
Gestaltung: Michael Mallé



© Amadeu Antonio Stiftung, 2021

Partner:innen:



Diese Publikation wurde durch die Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie die Berliner Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport gefördert.

| | | | |
|--|--|--|--------------------------------------|
| Gefördert durch | | im Rahmen von | |
| | | | |
| Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung | | Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus | |
| | | | Landeskommission Berlin gegen Gewalt |

